

# Hohenstein-Ernstthaler Anzeiger

## Tageblatt

für Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Gersdorf,

Rugau, Wüstenbrand, Ursprung, Mittelbach, Hermsdorf, Bernsdorf, Langenberg, Falken, Meinsdorf u. s. w.

Dieses Blatt erscheint mit Ausnahme der Sonn- und Festtage täglich Nachmittags. — Zu beziehen durch die Expedition und deren Austräger, sowie alle Postanstalten.  
Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 1 Mk. 25 Pfg. incl. der illustrierten Sonntagsbeilage.

Redaction und Expedition:  
Bahnhofstraße 3 (nahe dem k. Amtsgericht).  
Telegramm-Adresse:  
Anzeiger Hohenstein-Ernstthal.

Insertionsgebühren: die fünfgespaltene Corpusspaltel oder deren Raum für den Verbreitungsbezirk 10 Pfg., für auswärts 12 Pfg., Reclame 25 Pfg. Bei mehrmaliger Ausgabe Rabatt.  
Annahme der Inserate für die folgende Nummer bis Vorm. 10 Uhr. Größere Anzeigen Abends vorher erbeten.

Nr. 74.

Freitag, den 29. März 1901.

28. Jahrgang.

### Bürger- und 1. Bezirksschule Hohenstein-Ernstthal.

Die Aufnahme der mit Ostern d. J. schulpflichtig werdenden Kinder findet Montag, den 1. April, nachmittags 2 Uhr im Schulsaal statt.  
Die feierliche Entlassung der Konfirmanden erfolgt Freitag, den 29. März, nachmittags 5 Uhr.

Wir beehren uns hierzu ergebenst einzuladen.

Hohenstein-Ernstthal, am 28. März 1901.

Das Lehrerkollegium.  
F. Dieze, Direktor.

### Bekanntmachung.

Nachdem die Ergebnisse der hiesigen Einkommensteuereinschätzung den Beitragspflichtigen bekannt gemacht worden sind, werden in Gemäßheit der Bestimmungen in § 46 des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juli 1900 alle Personen, welche im hiesigen Orte ihre Steuerpflicht zu erfüllen haben, denen aber der Steuerzettel nicht hat behändigt werden können, hiermit aufgefordert, wegen Mittheilung des Einschätzungsergebnisses sich bei der hiesigen Ortssteuereinnahme zu melden.  
Gersdorf (Bez. Chemnitz), den 26. März 1901.

Der Gemeindevorstand.  
Göhler.

### Tagesgeschichte.

Deutsches Reich

— Zum Schutze der Person des Kaisers soll in Zukunft bei den Ausfahrten des Monarchen in Berlin und in der näheren Umgebung der Reichshauptstadt die kaiserliche Equipage von vier radfahrenden Leibgardien begleitet werden. Gegenwärtig werden Unter den Linden und im Thiergarten Probe-Ausfahrten mit einem kaiserlichen Gepäckwagen unternommen, der von dem bekannten Schimmelgespann in raschem Tempo gefahren und von vier zur Seite des Wagens radelnden Gardien begleitet wird. Diese Probe-Ausfahrten werden von einem Adjutanten des Kaisers geleitet. Ferner ist angeregt worden, die Kutscher und Diener des kaiserlichen Wagens mit Revolvern bei den Ausfahrten auszurüsten. Jedoch sind irgend welche Aenderungen in dem Ueberwachungsdienst, soweit ihn die Polizeiorgane ausüben, bisher weder vorgenommen, noch in Vorschlag gebracht worden.

— Dem Reichstage ist die endgültige Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben des ostafrikanischen Schutzgebietes pro 1899 zugegangen. Es sind ausgegeben worden 1 849 993 Mk. nach der vorläufigen Haushalts-Uebersicht, 5 810 851 Mk. ferner bis zum endgültigen Abschluß der Rechnung, überhaupt 7 660 844 Mk. Die Einnahme beträgt 1 849 993 Mk. nach der vorläufigen Haushalts-Uebersicht, 4 340 159 Mk. ferner bis zum endgültigen Abschluß der Rechnung, überhaupt 6 190 052 Mk. Es ergibt sich mithin ein Fehlbetrag von 1 470 692 Mark, der mit 1 470 692 Mk. in den Entwurf zum Etat des Auswärtigen Amtes pro 1902 unter Kapitel 2a Titel 9 der einmaligen Ausgaben eingestellt werden soll.

— Die „Nordb. Allg. Ztg.“ schreibt: Um den Abschluß der Erörterungen über die mit den chinesischen Wirren zusammenhängenden Entschädigungsfragen möglichst zu beschleunigen, ist der Direktor der Kolonialabteilung Dr. Stübel, der als ehemaliger Generalkonsul in Schanghai mit den einschlägigen Verhältnissen besonders vertraut ist, im Auftrag des Reichskanzlers gestern nach London abgereist. Gleichzeitig ist Dr. Stübel beauftragt, den Botschafter in London bei der Erledigung der noch schwebenden Reklamationen deutscher Staatsangehöriger aus Südafrika zu unterstützen.

— Gegenüber Erörterungen über den Dreibund schreibt offiziös die „Nordb. Allg. Ztg.“: „Der Dreibund ist, namentlich in der Pariser Presse, in letzter Zeit zum Gegenstand vieler, aber meist unzutreffender Erörterungen gemacht worden. Zunächst kann konstatiert werden, daß die Verbündeten Italiens zu keiner Zeit diesem Bedingungen oder auch nur Wünsche wegen der Verwendung der italienischen Armee auferlegt haben. Ferner läßt der Dreibundvertrag allen drei Verbündeten volle Freiheit hinsichtlich der Festsetzung ihrer Land- und Seestreitkräfte. Falls einer der Verbündeten eine Verminderung seiner Armee durch seine eigenen Interessen für geboten hielte, würde dies weder dem Geist noch dem Buchstaben des Vertrages widersprechen. Jeder

der drei Teilnehmer am Dreibunde hat, sowohl für sich, wie auch für die beiden Verbündeten, an dem Grundsatz festgehalten, daß die Bestimmung der Heeresstärke lediglich eine innere Angelegenheit des betreffenden Staates ist. Es ist zeitgemäß, auch diese Thatsache hervorzuheben gegenüber der von manchen Seiten geflüchtelt verbreiteten Legende, daß die finanziellen Schwierigkeiten Italiens mit den vom Dreibunde auferlegten Verpflichtungen zusammenhängen. Solche Verpflichtungen giebt es nicht.“ Der erste Punkt dieser Erklärung richtet sich gegen die Behauptung französischer Blätter, daß Italien in Folge geheimer Bestimmungen zum Dreibundvertrag verpflichtet sei, im Falle eines Angriffs auf die deutschen Grenzen durch Frankreich Truppenkontingente über den Brenner durch Tirol nach Deutschland zu senden, um den dreibundfeindlichen Heeren entgegenzutreten. Die offiziöse Erklärung der „Nordb. Allg. Ztg.“ überreicht aber den für Deutschland wichtigsten Punkt der Erörterungen über den Dreibund, nämlich die Erklärung des italienischen Ministerpräsidenten Zanarbelli, daß Italien die Erneuerung des Dreibundes abhängig machen werde von der vorherigen Regelung der Handelsverträge.

— Für die deutsche Rechtschreibung soll in der That etwas geschehen. In der Kammer der Abgeordneten zu Stuttgart hat der württembergische Kultusminister auf eine Anfrage des Abg. Hieber erklärt, die vom Reichskanzler angeregte Konferenz zur Einführung einer einheitlichen deutschen Rechtschreibung trete noch in diesem Sommer zusammen. Die Grundlage werde wohl die Puttkamerische Rechtschreibung unter Abstreifung der Differenzen der einzelnen Staaten bilden.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 27. März. In einer Interpellation hatte der Abgeordnete Klossow Besondere darüber geführt, daß der beim 22. Jägerbataillon dienende Wenzel Zilak, als er während des Exercirens stolperte, von einem Oberleutnant durch Säbelhiebe verwundet wurde, was Klossow eine bestialische That nannte. Darauf erhielt Klossow von Offizieren des Bataillons einen Brief, worin dargelegt wird, der Soldat sei rein zufällig verletzt worden. Klossow möge diese Thatsache im Reichsrathe richtig stellen oder seine Zeugen nennen. Heute erschienen zwei Officiere im Abgeordnetenhaus, was als nicht zulässig angesehen wird. Klossow ließ den Offizieren durch zwei ezechische Zeugen mittheilen, daß ihnen die Pflicht des Beweises dafür obliege, daß, was er behauptet, unrichtig sei, und daß er, da sie diesen Beweis nicht anträten, die Angelegenheit für erledigt betrachte. Die Zeugen lehnten jede Genugthuung ab und beriefen sich auf die Immunität der Abgeordneten.

Rußland.

— Die Studentenunruhen beschränken sich nicht auf Petersburg, sondern auch in Moskau, Odesa, Kiew, Dorpat, Riga usw. haben die Studenten beschlossen, den Besuch der Vorlesungen einzustellen. Auch nicht auf die studentischen Kreise allein beschränkt sich die revolutionäre Bewegung. In einigen Städten sind Hunderte von Personen verhaftet worden. Welchen hohen Grad die

Erregung in Rußland erreicht hat, geht aus der Thatsache hervor, daß eine Anzahl Professoren und Senatoren es wagt, mit einer für russische Verhältnisse ungemein scharf gehaltenen Eingabe an den Kaiser heranzutreten. „Eine schwere Gleichgültigkeit“ (— so schließt die Eingabe, welche auf die Anebelung der öffentlichen Meinung in Rußland hinweist und betont, daß die Zahl der Unterschriften eine sehr viel größere wäre, wenn nicht viele durch die Rücksicht auf die unangenehmen Folgen abgehalten würden —) „liegt über jedermann, das Interesse für öffentliche Thätigkeit ist geschwunden, und in allen Schichten der Regierung und der Gesellschaft fühlt man den Mangel an Männern. Machen Sie durch eine großherzige That diesem Drucke ein Ende, Ihre Majestät! Zeigen Sie Vertrauen in Ihre ehrethätigen Unterthanen und gestatten Sie uns, die Stimme der öffentlichen Meinung hören zu lassen, die jetzt getuschelt ist. Die Bewegung unter den Studenten wird von selbst aufhören, die jungen Leute werden ruhig zu ihren Arbeiten zurückkehren, sobald sie sehen, daß sie ihre Studien beenden und einen freien und nützlichen Antheil an den Angelegenheiten ihres Vaterlandes nehmen können.“

S o l l a n d.

Oslo, 27. März. Infolge des vom Präsidenten Krüger bei den Mächten erhobenen Einspruches bezüglich der Verschickung von Burengefangenen nach Indien soll demnächst eine Aenderung der Haager Friedensakte dahin stattfinden, daß Gefangene nach versuchten Gegenständen nicht gebracht werden dürfen. Auch andere Punkte der Friedensakte sollen abgeändert werden, um Mißstände, die in Südafrika zutage getreten sind, in Zukunft zu verhindern.

England.

— Der Ausgang des Chamberlain-Prozesses wird in der Londoner Presse begreiflicherweise lebhaft kommentirt. Dabei wiegt in den oppositionellen Blättern der Gedanke vor, daß die geringe Schadenersatzsumme, zu der die beklagten Blätter verurtheilt wurden, charakteristisch sei. Auch wird Chamberlain nicht der Vorhalt erspart, daß sich seine im Parlament abgegebene Erklärung, er sei an Lieferungen für die Regierung nicht materiell interessirt, als unrichtig erwiesen hat. Morning Leader erklärt: Wenn Arthur Chamberlain mit der unbeträchtlichen Summe, welche die Jury ihm zusprach nicht zufrieden sei, so vergesse er, daß in den inkriminirten Artikeln wiederholt jeder Vorwurf gegen seine Unbescholtenheit zurückgewiesen wurde. Die Blätter hätten nur als Axiom niedergelegt, daß ein Minister der Krone anständigerweise kein Interesse an Regierungsverträgen haben dürfe. Wenn hierauf irgend eine Antwort als die einzig denkbare möglich sei, dann sei es die, daß die Corruption in der englischen Politik allerdings weit fortgeschritten sei. Daily News sagt: Hätte die Jury geglaubt, daß Arthur Chamberlain Unrecht geschähe, so hätte sie ihm dreifig Mal höheren Schadenersatz zuerkannt. Die Beweisaufnahme und das wunderbar gerechte Resumé des Lord Overters besitzigen endgiltig die Leugnung des Kolonialministers, daß er keine direkten oder indirekten Interessen an den Regierungs-